

Stand: 19.05.2024 10:39:49

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/17122

"Mehr Bürgerbeteiligung an Forschungsvorhaben - Forschung in Freiheit und Verantwortung (6)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 16/17122 vom 12.06.2013
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/17705 des HO vom 03.07.2013
3. Beschluss des Plenums 16/17970 vom 16.07.2013
4. Plenarprotokoll Nr. 131 vom 16.07.2013

Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Dr. Sepp Dürr, Reiner Erben, Anne Franke, Thomas Gehring, Eike Hallitzky, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze, Theresa Schopper, Christine Stahl, Claudia Stamm, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mehr Bürgerbeteiligung an Forschungsvorhaben Forschung in Freiheit und Verantwortung (6)

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, durch das die Beteiligung der bayerischen Bürgerinnen und Bürger an Forschungsvorhaben deutlich erhöht werden kann.

Dazu soll sie

- eine Analyse bereits bestehender Modelle von Beteiligungsverfahren an forschungspolitischen Entscheidungen vornehmen;
- zusammen mit den Forschungseinrichtungen Grundlagen für partizipative Verfahren bei der Themensetzung bayerischer Forschungsförderung erarbeiten und dazu insbesondere die Zusammensetzung von Beratungsgremien, Mitwirkungs- und Entscheidungskompetenzen klären;
- Vertreter der Zivilgesellschaft in die Gremien und Expertenkommissionen der bayerischen Forschungsförderung, wie z.B. in den Wissenschaftlichen Beirat der Bayerischen Forschungstiftung, berufen;
- ein Konzept erarbeiten, wie im Bereich Ressortforschung Forschungsfragen partizipativ identifiziert werden können;
- durch die Schaffung eines themenoffenen Programms den Bürgern die Möglichkeit geben, Forschungsprojekte zu beantragen oder gesellschaftlich relevante Forschungsfragen zu stellen.

Begründung:

Wer stellt die Forschungsfragen? Die Themensetzung in der bayerischen Forschungsförderung findet vor allem unter Beteiligung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus technologischen Forschungsfeldern sowie Technologieunternehmen statt. Forschungsförderung muss in Bayern bisher vor allem marktgängige Produkte und Wirtschaftswachstum generieren. Das spricht die Staatsregierung in der Interpellation zur „Lage der Forschung in Bayern“ in aller Ungeniertheit aus. Dabei wird derzeit immer deutlicher, dass die wesentlichsten und drängendsten Fragen, z.B. wie der Klimawandel gestoppt werden, die Energiewende gelingen, die Gesellschaft sich auf den demographischen Wandel einstellen kann – um nur einige zu nennen –, nicht durch neue Produkte oder technologische Erfindungen bewältigt werden können, sondern einer breiter aufgestellten wissenschaftlichen Expertise bedürfen, Interdisziplinarität und vor allem auch Transdisziplinarität verlangen und die Bereitschaft der Bürger an den Lösungsprozessen mitzuwirken.

Deshalb mehren sich Forderungen von Zivilgesellschaft, wissenschaftlichen Akteuren und interessierten Bürgern nach mehr Teilhabe an forschungspolitischen Entscheidungen: Forschungs- und Wissenschaftspolitik möge sich stärker als bisher den Prinzipien von Transparenz, Information, Konsultation und Mitbestimmung verpflichten. Dabei sind bessere Konzepte und Qualitätsstandards bei der Ausgestaltung der Bürgerbeteiligungsverfahren notwendig. Denn bisherige Bürgerbeteiligungen hatten oft keine echte Entscheidungsbefugnis und brachten damit als „Scheipartizipation“ Teilhabeverfahren in Verruf – oder sie dienten, wie 2008 das Bürgergutachten „Unser Bayern – Chancen für alle“, der Akzeptanzförderung öffentlich umstrittener Technologien, in diesem Falle als Beleg für den angeblichen Wunsch nach Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke.

Erfahrungen mit Bürgerbeteiligungsverfahren bieten z.B. auf Länderebene die Regionalen Innovationsnetzwerke initiiert vom Forschungsministerium in NRW oder auf Bundesebene partizipative Verfahren in der Technologiefolgenabschätzung und der transdisziplinären Nachhaltigkeitsforschung.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge,
Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 16/17122

**Mehr Bürgerbeteiligung an Forschungsvorhaben
Forschung in Freiheit und Verantwortung (6)**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen, wie die Beteiligung der bayerischen Bürgerinnen und Bürger an Forschungsvorhaben deutlich erhöht werden kann.“

Berichtersteller: **Dr. Sepp Dürr**
Mitberichterstatte(rin): **Julika Sandt**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 87. Sitzung am 3. Juli 2013 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.

Oliver Jörg
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Dr. Sepp Dürr, Reiner Erben, Anne Franke, Thomas Gehring, Eike Hallitzky, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze, Theresa Schopper, Christine Stahl, Claudia Stamm, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 16/17122, 16/17705

Mehr Bürgerbeteiligung an Forschungsvorhaben Forschung in Freiheit und Verantwortung (6)

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen, wie die Beteiligung der bayerischen Bürgerinnen und Bürger an Forschungsvorhaben deutlich erhöht werden kann.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsverstöße und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)

Ausgenommen von der Abstimmung sind die Listennummern 161, 162 und 218, die einzeln beraten werden sollen. Die Listennummer 161 soll zusammen mit Tagesordnungspunkt 29, die Listennummer 162 zusammen mit den Tagesordnungspunkten 12 bis 16 einzeln beraten werden. Über die Listennummern 220, 229 und 240 muss einzeln abgestimmt werden. Die Einzelabstimmung über die Listennummer 240 soll in namentlicher Form erfolgen.

Zunächst lasse ich über die Listennummer 220 abstimmen. Das ist der Antrag der Abgeordneten Rinderspacher, Aures, Halbleib und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Einrichtung des Studiengangs ‚Bachelor of Laws‘ am Standort Hof der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern (BayFHVR)", Drucksache 16/17552. Der federführende Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes empfiehlt auf Drucksache 16/17734 die Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der SPD. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Zwei. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Listennummer 229. Das ist der Antrag der Abgeordneten Heckner, Jörg, König und anderer (CSU) betreffend "Bachelor of Laws am Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege (BayFHVR) in Hof", Drucksache 16/17686. Der federführende Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes empfiehlt auf Drucksache 16/17735 die unveränderte Annahme. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der FREI-

EN WÄHLER und der GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dem Antrag zugestimmt worden.

Nun lasse ich über die Listennummer 240 abstimmen. Das ist der Antrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Muthmann und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Kreisel für Waldkirchen, Kreisverkehr an der St 2131 und St 2632 in Waldkirchen endlich realisieren", Drucksache 16/16540. Darüber lasse ich in namentlicher Form abstimmen.

(Unruhe)

Ich bitte um Ruhe, damit ich Ihnen vortragen kann, worüber Sie abstimmen sollen. Während der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie vorschlägt, den Antrag abzulehnen, empfiehlt der mitberatende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen Zustimmung in einer Neufassung. Ich verweise insofern auf die Drucksache 16/17639. Der namentlichen Abstimmung ist nach § 126 Absatz 3 der Geschäftsordnung das abweichende Votum des Haushaltsausschusses zugrunde zu legen. Die Urnen sind bereitgestellt, mit der Abstimmung kann begonnen werden. Es stehen Ihnen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 14.30 bis 14.35 Uhr)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist abgelaufen, der Abstimmungsvorgang ist geschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und Ihnen dann bekannt gegeben.

(Allgemeine Unruhe)

Wir werden heute Abend noch genügend Gelegenheit zum Austausch haben. Bitte setzen Sie sich. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den übrigen Listennummern verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1 - Allgemeine Unruhe)

Ich bitte wieder um Aufmerksamkeit, Sie müssen wieder die Hände heben. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens beziehungsweise dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Sehe ich auch nicht. Frau Pauli (fraktionslos) ist wohl nicht da. Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

(...)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren und zu Tagesordnungspunkt 4 kommen, gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung zum Antrag auf Drucksache 16/16540 bekannt. Es ist der Antrag der FREIEN WÄHLER betreffend "Kreisel für Waldkirchen, Kreisverkehr an der St 2131 und St 2632 in Waldkirchen endlich realisieren". Wenn Sie sich erinnern, ist das die Listennummer 240 der Anlage zur Tagesordnung. Mit Ja haben 72 Mitglieder des Hohen Hauses gestimmt, mit Nein 87. Es gab 4 Stimmenthaltungen. Der Antrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

